

## Politischer Kurzbericht

# Annäherung nach langer Eiszeit: Ein Vertrag mit Russland beschäftigt die rumänische Öffentlichkeit

VON

**Sabine Habersack**

Projektassistentin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rumänien  
Bukarest, im August 2003

---



„Mit seinem eigenen Händchen“ unterschrieb Iliescu den russisch – rumänischen Vertrag<sup>1</sup>

**Am 4. Juli 2003 unterschrieben der russische Präsident Vladimir Putin und der rumänische Staatspräsident Ion Iliescu in Moskau den „Politischen Grundlagenvertrag“ zwischen der Russischen Föderation und Rumänien.**

Die rumänische Delegation, welche sich für drei Tage in der russischen Hauptstadt aufhielt, umfasste u.a. auch 250 Geschäftsleute und rund 50 Journalisten. Politiker der Opposition waren der Einladung nicht gefolgt, da sie der von ihnen als solche betrachteten Selbstinszenierung *Iliescus* nicht beiwohnen wollten. Der Ex-Kommunist *Iliescu* gilt als ausgesprochen Russland-freundlich und vermochte es, sich als Garant des Vertrages in Szene zu setzen.

Bereits im Vorfeld der Unterzeichnung war der russische Außenminister *Ivanov* im Mai zu Vorbereitungen nach Bukarest gereist. Die Ratifizierung des Vertrages im Rumänischen Parlament steht noch aus.

## **Wechselvolle Vorgeschichte**

Die Beziehungen zwischen Russland und Rumänien waren in der Vergangenheit zumeist angespannt und litten an unterschiedlichen Auffassungen zum Erbe der Vergangenheit, den Beziehungen zur Republik Moldawien und der Integration Rumäniens in die euro-atlantischen Strukturen. So war Rumänien bis dato das einzige Land des ehemaligen Warschauer Paktes, das noch keinen politischen Vertrag mit der ehemaligen Weltmacht unterschrieben hatte. Im Jahr 1991 scheiterte - ebenfalls unter *Iliescu* - ein erster Versuch am Zusammenbruch der UdSSR. Zu dieser Zeit konnte lediglich ein Freundschaftsvertrag geschlossen werden, der Rumänien auferlegte, militärisch-politische Allianzen nur mit der Zustimmung Moskaus einzugehen, was von der damaligen Opposition als „Verrat an den nationalen Interessen“ bezeichnet wurde.

Im Rahmen seines Kurzbesuches Ende November 2002 in Bukarest betonte US-Präsident *George W. Bush* die mögliche Brückenfunktion des zukünftigen NATO-Mitgliedes Rumänien zu Russland, woraufhin die Regierung die Neuformulierungen der Beziehungen zu Moskau als eine außenpolitische Priorität des Jahres 2003 erklärte. Die Diskussion über einen Vertrag lebte anschließend erneut auf.

Der Inhalt des Vertrages galt lange als geheim und wurde von Spekulationen begleitet, ehe er am 8. Juli in der Zeitung *Curierul Național* veröffentlicht wurde: Der Vertrag besteht aus 18 Artikeln, ist für zehn Jahre gültig und verlängert sich jeweils automatisch um fünf weitere Jahre, sofern keiner der beiden Staaten ihn kündigt. Der erste Teil des Vertrages beschäftigt sich mit Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Danach wird Rumänien in Zukunft das Recht haben, politisch-militärische Allianzen nach eigenen Interessen einzugehen. Ein weiterer Schwerpunkt des Vertrags gilt der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung. Der zweite Abschnitt konzentriert sich auf die wirtschaftlichen Beziehungen (genaue Benennung der Beziehungen im Bereich Energie und Erdöl, Ausbau der wirtschaftlichen Ressourcen der Schwarzmeerregion) und auf den Umweltschutz.

## **Brisante Fragen ausgeklammert**

Zwei äußerst strittige Fragen wurden allerdings erneut ausgeklammert:

1. Die Rückgabe des rumänischen Staatsschatzes (u.a. Archive, Goldreserven im Wert von 1.Mrd. Euro, Kronjuwelen), der im 1. Weltkrieg nach Moskau in Sicherheit gebracht wurde, dessen Herausgabe seitdem allerdings von russischer Seite verweigert wird.

---

<sup>1</sup> Foto, *Ziua*, 5. 07. 2003

2. Die mögliche Verurteilung des Ribbentrop-Molotow-Paktes, durch den die Sowjetunion rumänische Gebiete annectieren konnte, sowie die rumänische Unterstützung für Hitler-Deutschland.

Beide Themen wurden lediglich in einer Erklärung der Außenminister beider Staaten aufgegriffen; für eine genau Klärung soll nun eine geplante bilaterale Kommission aus Historikern und Finanzexperten sorgen. Die Rückerstattung des Schatzes sei jedoch – so der rumänische Historiker *Armand Goșu* - so gut wie aussichtslos<sup>1</sup>.

### **Gemischte Bewertungen in Rumänien**

Die Reaktionen der Presse waren sehr unterschiedlich. Ein großer Teil begrüßte den Vertrag als „historischen Moment“. *România Liberă* (7. Juli), *Evenimentul Zilei* (6. Juli) und *Curentul* (5./6. Juli) widmeten sich schwerpunktmäßig dem Staatsschatz und kritisierten die Aussage *Iliescu*, wonach dieser (trotz seines aktuell geschätzten Wertes von 1,2 Milliarden US-\$) für Rumänien einen eher psychologisch-politischen Wert habe. Dagegen würde der wirtschaftliche Schaden, der jährlich durch schlechte Beziehungen zu Russland entstünde, schwerer wiegen, so *Iliescu*.

„Der neue rote Faden“ titelt die Zeitung *Ziua* ihren Beitrag vom 5./6. Juli, in dem u.a. darauf hingewiesen wird, dass die zwei Staatschefs zur Stärkung der bilateralen Beziehungen die Telefonlinie Cotroceni-Kreml wieder aktiviert hätten.

Auf die mit hohen Erwartungen verbundenen wirtschaftlichen Beziehungen gehen alle Zeitungen ein. *Cotidianul* bezog sich bereits am 16. Mai unter dem Titel „Mit dem Gesicht nach Osten“ auf die Bemerkung des russischen Premierministers *Mihail Kasaniov*: „Ihr seid auf dem russischen Markt willkommen. Aber seid euch bewusst, dass dort schon alles besetzt ist“.

Politische Kommentatoren zweifelten an einer Initialzündung für die Wirtschaftsbeziehungen und betonten, dass auch der russische Markt Wettbewerbsregeln unterliege und die Moskauer Regierung keine rumänischen Waren begünstigen könne<sup>2</sup>.

Fast alle Zeitungen wiesen darauf hin, dass Russland mit seinen eigenen Ressourcen und militärischem Potential nicht am rumänischen Markt interessiert sei, sondern vielmehr an den Nischen, die innerhalb der EU nach dem Beitritt Rumäniens entstünden und welche bereits jetzt durch ein wirtschaftliches Engagement in Rumänien besetzt werden könnten. Eine Analyse kommt zu dem Schluss, dass dieser Vertrag Teil eines Plans von Russland sei, seinen

Einfluss auf ehemalige Satelliten-Staaten bis hin in den asiatischen Raum auszuweiten und so ein wirtschaftliches Gegengewicht zu den USA zu bilden<sup>3</sup>.

Die bereits zitierte Analyse der Tageszeitung *Cotidianul* „Mit dem Gesicht nach Osten“ stellt zudem ein nationales Interesse an einem Grundlagenvertrag fest.

Laut einer Umfrage des Institutes IRSOP hielten 84% der Befragten einen solchen Vertrag für wichtig – die gleiche Anzahl wünschte sich positive Beziehungen zu Russland, obwohl nur 31% der Befragten eine positive Einstellung gegenüber Moskau hätten<sup>4</sup>.

### **Erwartete Reaktionen in der Politik**

Die Oppositionsparteien, die keine Vertreter nach Moskau entsandten, kritisierten die Ausklammerung der kontroversen Fragen, verzichteten darüber hinaus allerdings bewusst auf weitere inhaltliche Kommentare, weil sie ohnehin in der Vergangenheit nicht zum Inhalt befragt wurden.

Nur *Victor Ciorbea*, Parteivorsitzender der außerparlamentarischen PNȚCD (Christlich Demokratische Nationale Bauernpartei), meinte, dass die Unterzeichnung des Vertrages notwendig gewesen sei. Vertreter der ebenfalls außerparlamentarischen AP (Acțiunea Populară) unterstrichen, dass die Unterzeichnung des Vertrages nicht der Verdienst der aktuellen Regierung sei, sondern lediglich aufgrund der neuen Beziehungen zwischen der NATO und der russischen Föderation zustande gekommen sei.

Die regierende PSD (Partei der Sozialdemokratie) begrüßte erwartungsgemäß die Unterzeichnung des Vertrages als wichtigen Baustein in den bilateralen Beziehungen beider Länder. Die Art und Weise, wie die politische Klasse auf den Text reagiere, werde ein Reifetest für sie sein, so die PSD. Die die PSD-Regierung unterstützenden PUR (Humanistische Partei) und UDMR (Partei der ungarischen Minderheit) begrüßten die Vertragsunterzeichnung ebenfalls als sehr wichtiges Ereignis.

Aus dem Bereich der Zivilgesellschaft gab es nur wenige Äußerungen. Erwähnenswert ist der Kommentar des über die Landesgrenzen hinaus bekannten Schriftstellers *Horia-Roman Patapievici*. Am 14. Juli äußerte er in einer literarischen Beilage der Tageszeitung *Cotidianul* unter dem Titel „Was darf ein Normalbürger wissen?“, was in Rumänien im Kielwasser der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages passiere, sei ein Affront an den Bürgern und ein Skandal. „Uns ist von der Regierung und vom Präsidialamt gezeigt worden, dass wir nur zu hörigen

Schafen taugen (...) Obwohl ein solcher Vertrag uns alle betrifft, hat die Regierung beschlossen, nicht bei uns nachzufragen.“

*Evenimentul Zilei*, 05.07.2003

<sup>1</sup> *Evenimentul Zilei*, 05.07.2003

<sup>2</sup> Beilage „*Aldine*“ in *România Liberă*, 19.07.2003

<sup>3</sup> *Adevărul*, 12.10.2001